

Hallesche Neueste Nachrichten

hallesche Neueste Nachrichten ♦ handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Hallesche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Belegzettel 1.40 Goldmark, durch die post 1.85 Goldmark und 40 Centposten für Zustellung. Inhalt der Anzeigen-Annahme: Jede Uhr vermehrt.

Die Anzeigen werden nach Kolonial-Zellen berechnet, die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagsort: Halle a. S. Druck-Verlag: „Hallesche Zeitung“, Druck-Verlag: „Hallesche Zeitung“, Druck-Verlag: „Hallesche Zeitung“.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der französische Nachrichtendienst in Düsseldorf hat sein Erscheinen eingestellt. Gleichzeitig gibt der französische Militärpräsident bekannt, daß die französischen Besätze in Düsseldorf, Essen, Solingen, Witten und Recklinghausen endgültig geschlossen werden.

Nach einer amtlichen Mitteilung hat die Reparationskommission den zweiunddreißigjährigen amerikanischen Finanzmann Gilbert endgültig zum Generalagenten für die deutschen Zahlungen ernannt.

Wegen der Scheitlung, daß die Ausführungen des Dawes-Planes einen nachteiligen Einfluß auf die britische Industrie ausüben werde, hat Macdonald beschlossen, eine Kommission, bestehend aus einem Angehörigen aus einem Mitglied der Gewerkschaftsvereinigungen, für je jeder der wichtigsten Industriezweige zu ernennen, um den Einfluß feststellen zu lassen, welchen die Ausführung des Dawes-Planes auf die britische Industrie haben würde.

Nach französischer Mitteilung betragen die Gesamtzahlungen im Monat bis zum 20. August 735 628 297 Francs, der Spezialzahlung 260 631 645 Francs, sonstige Spezialzahlungen 12 706 171 Francs.

Die Vertreter des französischen Universitätsverbandes haben die Abgeordneten Hoegsch und Breitschick eingeladen, nach Genf zu kommen, um vor ihnen über ihre Auffassung von der Völkerbundseite zu reden. Prof. Hoegsch hat bereits abgelehnt.

Das Kriegsgericht des 20. französischen Armeekorps hat den Professor Wulps in Heidelberg in Anwesenheit von 20 Angehörigen des Corps verurteilt. Wulps soll während des Krieges die Befehle der französischen Major Schneider und Walford, die als Verdammte in seiner Behandlung waren, gerührt haben.

Der ungarische Kriegsminister teilt in einer Verordnung mit, daß die ungarische Armee weiter abgebaut wird und in Zukunft nur noch als Militär funktionieren soll.

Bei größeren Arbeiterdemonstrationen in Petersburg mußte die Truppe einschreiten und von der Waffe Gebrauch zu machen. Bei dem folgenden Straßenkampf wurden 30 Arbeiter erschossen.

Im Mausoleum Lenins in Moskau wurde eine Säule errichtet, die als Mausoleum in die Luft zu sprengen. Die Unternehmung ist eingeleitet.

Ans Moskau wird gemeldet: Ein Gebiet von Afrakand wird die Welt, die bisher schon Tausende von Opfern gefordert hat. Sämtliche Dörfer sind von ihren Bewohnern verlassen und verödet.

Nach Auffstand in Georgien hat sich ausgedehnt. Nach blutigen Kämpfen haben die Weißherrscher bereits über die Hälfte des Gesamtgebietes besetzt. Alle Verbindungen des Landes sind unterbrochen. In Batumi sollen während Straßenkämpfe herrschen.

Im britischen Gewerkschaftsprogramm in Hull wurde das sogenannte Arbeiterprogramm angenommen, das u. a. die Verstaatlichung des Bodens, der Bergwerke und der Eisenbahnen und auch politische Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie Altersrenten für alle volljährigen Personen vorsieht.

Das spanische Direktorium gibt in einer Note an, daß der gegenwärtige Augenblick nicht geeignet ist, über das marokkanische Problem und die Frage des Protektorats müßige Betrachtungen anzustellen. Es ist fest, daß sich die Mauren in Zukunft an der Einnahme befinden, und die spanischen Stellen von ihnen bedroht werden. Sämtliche Bürger werden aufgefordert, sich ruhig zu verhalten. Ein jeder, der sich einen Verstoß gegen das Direktorium oder die Autorität der Oberkommandierenden in Marokko zuschulden kommen läßt, wird unmissverständlich bestraft.

Macdonald hat gestern in seiner Unterhaltung mit dem Sonderdirektor des „Daily Express“ das deutlich ausgeprochen, daß von einer Klärung Ägyptens durch englische Truppen noch keine Rede sein könne. Er habe alle internationalen Beamteten aus ihrem Amt zurückberufen müssen, denn die jüngsten Ereignisse hätten ihn gezwungen, die englische Stellung im Sudan zu härten.

Völkerbunds-Allerlei.

Genf begann gestern die dritte Vollversammlung des Völkerbundes, zu der auch Macdonald und Herriot erschienen waren. Präsident Woodrow hielt die übliche Begrüßungsrede, es folgten die üblichen Antworten. Auch Kauten sprach, er ist ein begeisterter Anhänger des Völkerbundsgebantens. Auf den Tribünen das übliche Publikum, darunter viel Damen. Um 1 Uhr war die Mittagspause, abends großer Festempfang.

Während der Verhandlungen lernte der Saal sich schnell wie ebenfalls üblich, Herriot und Macdonald hatten in einem Nebenraum eine Besprechung, an der Lord Rammor, Briand und Daugere teilnahmen. Gegenstand und Ergebnis blieben geheim — wie üblich.

Vor seiner Abreise hatte Macdonald die Presseinterview empfangen und sich, kurz gefaßt, als großen Optimisten mit noch größerer Skepsis gegenüber Frankreich gezeigt.

Herriot feierlichste hat dem General Vize erklärt, sein Plan sei unbeschreiblich, darauf Genf sich schnell wie ebenfalls üblich, Herriot und Macdonald hatten in einem Nebenraum eine Besprechung, an der Lord Rammor, Briand und Daugere teilnahmen. Gegenstand und Ergebnis blieben geheim — wie üblich.

Noten der deutschen Regierung. Der Völkerbundrat wird sich, wie „Die Zeit“ mitteilt, mit verschiedenen Noten der deutschen Regierung über Sachverhalte zu befassen haben. An erster Stelle steht die Frage des französischen Militärs im Saargebiet. Hier verlangt die Reichsregierung unter Hinweis auf die jahrelangen, fast ganz ergebnislosen Diskussionen über diese Fragen und die bisher nicht ausgeführten Beschlüsse des Rats die Bestimmung eines festen Termins in naher Zukunft für die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet und endgültige Errichtung der örtlichen Gendarmerie. Eine andere wichtige Frage ist die der französischen Schulen. Die Reichsregierung hat die schon vor 1 1/2 Jahren behandelte Frage erneut aufgeworfen und nachgefragt, daß die französischen Schulen, die tatsächlich keine Propagandaanstalten darstellen im Widerspruch zu dem Versailleser Vertrag stehen. Sie beantragt, daß entsprechend dem Vertrag französische Schulen im Saargebiet nur für französische Kinder unterhalten werden dürfen.

Endlich liegt eine Beschwerde der Reichsregierung gegen Zollpolitische Maßnahmen der Regierungskommission vor. Während der Versailleser Vertrag bei den deutschen Grenzorten bis zum 7. Januar 1925 vollstreckt Einfuhr in das Saargebiet zugelassen hat, hat die Regierungskommission die deutsche Einfuhr in das Saargebiet in strengen Grenzen kontingentiert und dadurch der Wirtschaft und besonders der Maschinenindustrie erheblichen Schaden zugefügt. Die Reichsregierung verlangt, daß die Regierungskommission solche Maßnahmen anwendet, die die vertraglichen Garantien nicht antasten.

Nach den neuesten Meldungen erwarten die Pariser Zeitungen von den Genfer Verhandlungen sehr wenig. Der Friedens- und Verständigungswege der Väter und besonders der Nation des großen Reichs Herriot scheint demnach noch nicht sehr stark zu sein.

Die Angst vor dem Kontinentalblock.

Die sich anbahnende handelspolitische Verbindung zwischen Deutschland und Frankreich erregt hier, nach Meinung kompetenter Beurteiler, erste Beforgnisse. Es ist ein unentbehrbarer Umfassung in der Haltung ernst zu nehmender Blätter eingetreten, der nicht immer zu erklären ist. Man hat hier das Gefühl, daß die gegenwärtige Entspannung in der europäischen Politik in der Hauptsache dem Eingreifen Englands zu verdanken sei. Geht man aber in Deutschland daran, diese Entspannung durch ein die englischen Interessen schädigendes Abkommen mit Frankreich auszulösen, so wird dem unter der Oberfläche schlummernden deutschen Haß neue Nahrung zugeführt. Dieser Unmut wird sich nicht gegen Frankreich, sondern gegen Deutschland entladen und dürfte schließlich zu einer Erneuerung des handelspolitischen Antagonismus gegen Deutschland führen, der sich letzten Endes in einer scharfen Schutzpolitik Englands gegen das deutsch-französische Wirtschaftsbandnis auswirken könnte.

Deutschland und das Washingtoner Arbeitszeitabkommen.

Berlin, 4. September. Die bekannte sozialdemokratische Interpellation wegen der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Arbeitsvertrag konnte wegen der Vertagung des Reichstages nicht mehr erledigt werden. Der Reichsarbeitsschlichter Dr. Brauns veröffentlichte im Reichsarbeitsblatt eine Erklärung, die die Regierung auf diese Interpellation geben wollte. Es heißt hier zum Schluß: Deutschland ist gern bereit, mit den übrigen in Betracht kommenden Staaten eine Verständigung über die internationale Arbeitszeit herbeizuführen und würde sich in diesem Falle zu einer Ratifikation des Washingtoner Übereinkommens bereit finden. Dabei muß die Reichsregierung als selbstverständlich voraussetzen, daß zur Verhütung außerordentlicher Gefährdung deutscher Lebensnotwendigkeiten der Artikel 14 des Washingtoner Abkommens Anwendung findet. (D. h. daß die übrigen Staaten das Abkommen ebenfalls durchführen.)

La Follette gegen das Londoner Abkommen.

Newport, 3. September. Zur Feier des „Labourdays“ hielten alle Präsidentschafts- und Vizepräsidenten kandidierenden Wählern, die besonders die Arbeiterfragen behandelten. La Follette, der Kandidat der neuen amerikanischen Labourparty, richtete scharfe Angriffe gegen den Dawesplan, beziehungsweise die Angriffe nicht weil er ungerade sei und das deutsche Volk auslauge, sondern weil der von der Großfinanz unter Morgan damit verfolgte Zweck ist, die amerikanische Arbeiterkraft von den in Amerika dringenden Lösung bedürftigen sozialen Fragen abzulenken.

„Zahlen bis zum Neuesten!“

Eine Erklärung des Herrn Generalagenten. Owen Young, der Generalagent für Reparationsangelegenheiten, tritt heute abend 6.32 Uhr mit seiner Gattin in Berlin ein. Möge ihnen die Berliner Luft ebenso gut bekommen, wie uns die Reparationsangelegenheiten.

Vor der Abreise hat Young einem Pariser Zeitungsverleger erklärt: „Wenn die letzten Deutschen niederdrückend sind, sind es die anderen Völker nicht minder. Ich habe es Deutschland keinesfalls verheimlicht, daß meine letzte Arbeit — die Festlegung der Reparationszahlung — mit dem Verlust des von ihnen freiwillig angenommenen Sachverständigenplanes — darin besteht, Deutschland bis zur früheren Größe seiner Zahlungsfähigkeit zum Zahlen zu bringen. Sowie mir abhängt, wird Deutschland alles das zahlen, was es vermag.“

Young hat sich über die Reparationsangelegenheiten interessiert Wächte werden jodeln bekommen, wie sie verständig gemacht bekommen können. Nicht mehr und nicht weniger.

Zum russisch-polnischen Konflikt.

Aus Belgrad wird gemeldet: Die Lage an der russisch-polnischen Front ist unbedeutend.

Sonstige Meldungen sind bisher nicht eingegangen. Die Sowjetregierung selbst bemerkt die Nachrichten und behauptet, sie seien Erfindungen rumänischer Kriegshörer.

In Moskau sind laut Angaben der Moskauer Zeitung „Gonomicheskaja Schin“ infolge der allerorts ausbrechenden Aufstände gegen die Sowjetregierung die Lebensmittelpreise um 50 Proz. gestiegen; Brot und Mehl fast zum Haben. An den Nahrungsmitteleinzelkaufstellen drängen und stehen die Leute wie niemals vorher.

Die Voraussetzung deutscher Reparationen:

Deutsche Kolonialarbeit.

Von E. Wolff. Mitglied des Präsidiums des Hansa-Bundes. Der gegenwärtige Stand der deutschen Handelsbilanz bietet ebenso wie die weltwirtschaftlichen Marktbeziehungen keine Aussicht auf Besserung, daß ein Ueberdies erreicht wird, aus dem ohne Gefährdung unserer Währungs die Reparationslasten bezahlt werden können.

Wir haben im ersten Halbjahr 1924 im Güterausfuhr mit dem Ausland ein Plus von etwa 1.5 Milliarden Goldmark. Die nächste Aufgabe muß sein, diese Ueberbilanz auszugleichen. Angenommen, dies könnte gelingen, so ließe sich für die deutsche Volkswirtschaft in ihrem gegenwärtigen Umfang auf Grund der Vorkriegsverhältnisse etwa folgendes Bild der Handelsbilanz voranschauen:

Mittelständische	4.75	Milliarden Goldmark
Lebensmittel	1.25	„
Berufsgüter	1.30	„
Zusammen 7.30 Milliarden Goldmark		

Der genannten Mittelständische von 7.3 Milliarden Goldmark muß als Ausgleich eine entsprechende Mittelständische ausgemittelt werden. Erst wenn dies erreicht ist, kann an die Erarbeitung des für dauernde Reparationsübertragungen notwendigen Ausfuhrüberschusses gegangen werden.

Eine Beobachtung des wirtschaftlichen Kreislaufes ergibt, daß bei einer Steigerung der Ausfuhr um 1 Milliarde mit einer gleichzeitigen Steigerung der Einfuhr von mindestens sechshundert Millionen gerechnet werden muß. Das liegt an dem Verhältnis von Rohstoffen, der Einfuhrkomposition für die Deckung neuer Absatzmärkte für unsere Exporte. Im Normaljahr rechnet man mit einer deutschen Reparationsleistung von 2.5 Milliarden jährlich. Um einen entsprechenden Ueberdies zu erreichen, müßte die Ausfuhr und Einfuhr um rund 6 beziehungsweise 3.6 Milliarden Goldmark steigen, müßte also der Gesamtmarkt des deutschen Außenhandels also auf 13.3 Milliarden Ausfuhr und 10.9 Milliarden Einfuhr erhöhen. (Im Jahre 1913 betrug die deutsche Ausfuhr 10.1, die Einfuhr 10.8 Milliarden Goldmark.)

Die ausländische Wirtschaft stellt solche Betrachtungen notwendig auch an. Während sie noch in ihrem Streben nach Wiederherstellung ordneter, von keinerlei makropolitischen Exzessen beunruhigter Verhältnisse auf dem Weltmarkt sich nachdrücklich für das Sachverständigenaustragen erklärt und die Unterzeichnung des Londoner Protokolls bekräftigt, ruft sie nach Schutzmaßnahmen, um sich vor den von ihr befürchteten nachteiligen Wirkungen zu gewaltiger deutscher Ausfuhrsteigerung zu bewahren. England erhöht wieder die Reparationsabgabe auf 26 Prozent unter Ausnutzung der ihm hierzu gebotenen formalen Rechtsmittels, trotzdem damit das Transferrisiko durchbrochen wird, und Frankreich gibt bekannt, daß es dem englischen Beispiel zu folgen beabsichtigt.

Die durch diese Maßnahmen bestimmte Behinderung der deutschen Wirtschaft, vor allem die Vorwegnahme der Devisenräumung aus dem deutschen Außenhandel die Zwangsweise Abgabe, von England und Frankreich erhoben, bedeutet einen Anstieg von jährlich mindestens 200 Millionen Goldmark wird nicht dazu beitragen, den an den Reparationen interessierten Nationen den Verkauf der deutschen Industrie und Eisenbahn-Obligationen zu erleichtern. Tatsächlich brauchen aber vor allem Frankreich und Belgien baldigst größere Barbeiträge.

Aus der sich so erweisenden Unmöglichkeit der tatsächlichen Ausbarmung deutscher Leistungen für die Reparationsleistungen — auch die Zwangsweise Reparationsabgabe wird unwirtschaftliche Gefährdungen nach sich ziehen, die uns das Recht geben werden, ihre Aufhebung durch überprüfenden Ertrag herbeizuführen — ergibt sich für Deutschland und die an den Reparationen interessierten Nationen die Notwendigkeit, nach anderen, zweckmäßigeren Wegen zu suchen.

Der einzige, gegenwärtig erkennbare Weg ist die Wiederaufnahme deutscher kolonialwirtschaftlicher Arbeit. Ueberzeugend sprechen die vorliegenden Tatsachen dafür, daß durch Ausfuhrsteigerung Reparationen ohne gleichzeitige Schädigung der Wirtschaft der Alliierten nicht ermöglicht werden können. Eine die Wirtschaft

